

**Interpellation Nr. 96 (September 2024)**

24.5324.01

betreffend Aktivitäten des Regierungsrats gegen die für Basel-Stadt schädliche Initiative der Jungsozialisten (JUSO) für eine Erbschaftssteuer

Die von der Jungen SP lancierte Eidg. Volksinitiative "Für eine Zukunft" fordert eine Erbschaftssteuer mit einem Steuersatz von 50% ab einem Freibetrag von 50 Millionen Franken. Im Erb- oder Schenkungsfall soll demnach die Hälfte des Vermögens dem Staat bezahlt werden müssen. Eine rechtlich fragwürdige Rückwirkungs-Regelung soll zudem verhindern, dass vorgängig von den betroffenen Personen Massnahmen getroffen werden können, um den Verlust der Hälfte des Vermögens zu verhindern.

Im Stadtkanton wären nicht nur einzelne Personen von dieser Teil-Enteignung betroffen, die Annahme dieser Initiative hätte auch negative Folgen für einige Unternehmen, die für den Standort und die Steuereinnahmen sehr wichtig sind. Es wäre denkbar, dass bedingt durch diese Initiative Firmenanteile verkauft werden müssten und der Bezug zu Basel und der Schweiz verloren gehen könnte. Auch ein Wegzug vermögender Personen im Vorfeld der Abstimmung ist zu befürchten.

Die Folgen, welche diese Initiative bereits heute zeitigt, sind ernst zu nehmen. Firmen und Einzelpersonen müssen sich mit verschiedenen Szenarien befassen, um einer solchen Enteignung entgehen zu können.

Es ist üblich, dass sich der Regierungsrat gegenüber der Bevölkerung und den Eidg. Räten zu Wort meldet, wenn die Interessen des Kantons es erfordern. Im Vorfeld dieser Abstimmung ist die Situation gegeben, dass Interessen des Kantons eine klare ablehnende Stellungnahme der Regierung nötig machen. Wenn der Verlust bisher erzielter Steuereinnahmen von Juristischen Personen ebenso droht wie der Wegzug von Natürlichen Personen und deswegen massive Einnahmen-Ausfälle und sonstige negative Auswirkungen wie Verzicht auf altruistisches Handeln Betroffener resultieren, ist Handlungsbedarf des Regierungsrats gegeben.

In diesem Zusammenhang bitte ich den Regierungsrat um die Beantwortung der folgenden Fragen:

1. Erkennt der Regierungsrat die Gefahr einer Annahme dieser Initiative der Jungen SP für den Standort Basel-Stadt und die Region?
2. Erkennt der Regierungsrat die Verunsicherung, welche die Lancierung der Initiative der Jungen SP bereits heute bei potenziell betroffenen Juristischen und Natürlichen Personen bewirkt?
3. Ist der Regierungsrat der Ansicht, dass die Interessen des Kantons durch diese Initiative der Jungen SP negativ tangiert werden?
4. Ist der Regierungsrat bereit, gegenüber der Bevölkerung des Kantons die Wichtigkeit der Ablehnung dieser Initiative der Jungen SP zu kommunizieren?
5. Ist der Regierungsrat bereit, die Mitglieder der Eidg. Räte des Kantons Basel-Stadt und deren Fraktionen im Eidg. Parlament über die Gefahren der Annahme dieser Initiative der Jungen SP für den Wirtschaftsstandort Basel und die übrige Schweiz hinzuweisen und dazu aufzufordern, das Volksbegehren ohne Gegenvorschlag zur Ablehnung zu empfehlen?
6. Ist der Regierungsrat bereit, auch die übrigen Kantone der Region zu ersuchen, öffentlich gegen diese Initiative der Jungen SP Stellung zu beziehen?

Annina von Falkenstein